

Besetzungsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der morgigen Ausgabe angegeben

Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-293  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Gesellschaft 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2906-2907

## Der Marksturz.

Wolffs Bureau teilt mit: Angesichts der plötzlichen Steigerung der Devisenkurse hat das Reichskabinett heute im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium beschlossen, die Stützungsaktion für die Mark mit allem Nachdruck weiter zu führen. Zu diesem Zwecke sollen, abgesehen von der Fortsetzung der börsenmäßigen Stützungsaktion, zunächst folgende Maßnahmen unverzüglich ergriffen werden: 1. eine weitgehende Einschränkung der Einfuhr, 2. die Einführung einer allgemeinen Anmeldepflicht für Besitz an Devisen nach dem Stande des Tages, an dem die hierzu erforderliche Notverordnung erlassen wird.

Die hier angekündigten Maßnahmen des Reichskabinetts und des Reichsbankdirektoriums zeigen, daß die maßgebenden Stellen nicht etwa eine neue Taktik befolgen, sondern durch den gestern eingetretenen Marksturz vollkommen über-rascht worden sind. Wir begrüßen es, daß die Regierung die Stützungsaktion für die Mark fortsetzen will. Es kommt aber alles darauf an, daß der Markkurs, was durchaus möglich ist, auf der bisherigen Höhe gehalten wird.

Was die jetzt angekündigten Maßnahmen betrifft, so versprechen wir uns von ihnen keine große Wirkung. Sie liegen auf derselben Linie der unzulänglichen Finanzpolitik, die die Regierung und die Reichsbank bisher eingehalten haben. Eine Devisenkontrolle ohne ausreichende Finanzmaßnahmen auf dem Gebiete der Besitzbelastung und

ohne entsprechende Krediteinschränkungen kann keine wesentlichen Erfolge zeitigen. Welche Maßnahmen im einzelnen notwendig sind, hat unsere Partei schon im vorigen Jahre in ihrem Währungsprogramm aufgezeigt. Bei der heute beginnenden Beratung des Wirtschaftsetats im Reichstage wird die Sozialdemokratie durch ihren Redner auch ihre Auffassung über die jetzt erforderlichen Maßnahmen kundgeben lassen.

### Dollarhauffe.

Die Katastrophenhauffe am gestrigen Devisenmarkt kam für die weitesten Kreise, insbesondere für die Geschäftswelt, völlig unerwartet. Ehe man aber ernsthaftere Dispositionen vornimmt, will man natürlich die weitere Entwicklung abwarten. Dies ist recht erklärlich. Haben doch die verschiedensten Verlesenen über Erklärungen der Reichsbank die Unsicherheit, die seit dem plötzlichen Hervorbrechen der Hauffe in unserem Wirtschaftsleben Platz griff, noch erheblich weiter verstärkt. Im heutigen Frühverkehr konnten sich die höchsten Vorkurskurse nicht behaupten; man nannte Holland mit 9800, England mit 132 000, Amerika 30 250, Paris 1710, Brüssel 1490. Mittags wurden diese Kurse eher fester gehandelt. Kurz vor 12 Uhr hielt sich der Dollar längere Zeit auf 29 750, um dann kurz nach 12 Uhr sprunghaft bis auf 31 500 zu gehen.

## Das französische Hauptquartier.

Düsseldorf, 17. April.

Die Stadt Düsseldorf hat die zweifelhafteste Ehre, das französische Generalkommando zu beherbergen. Der General Degoutte ist mit seinem Stab von Mainz nach Düsseldorf übergesiedelt. Damit sind eine Reihe von anderen militärischen Behörden in diese Stadt gekommen. Auch große Truppenmassen sind in der Stadt wie in der Umgebung untergebracht. Allein für 700 Offiziere mußten neue Quartiere beschafft werden. Dazu kommen Hunderte von Eisenbahnern und Zollbeamten, Bureaupersonal, Spione und andere zu einem großen militärischen Trupp gehörige Leute. Insgesamt beträgt die in Betracht kommende Zahl etwa 15 000.

Die Stadt war außerstande, die angeforderten Wohnungen zu stellen. Infolgedessen requirierten die Franzosen selbst. Die Quartiermacher gingen von Haus zu Haus und beschlagnahmten darauf los, manchmal in der rigorosesten Weise. Mit den Zimmern und Wohnungen werden natürlich die Möbel und Betten beschlagnahmt. Vieles mußten die Leute zunächst auf dem Teppich schlafen, wenn sie einen hatten, bis ihnen durch Vermittlung des städtischen Befehlshabers ein Bett verschafft worden war. Der militärische Behördenapparat braucht selbstverständlich auch für seine Untertunft zahlreiche Bureauräume.

Viele große und öffentliche Gebäude wurden deshalb beschlagnahmt. So der Stahlhof, das große Verwaltungsgebäude des Stahlwertverbandes, 40 Räume im Verwaltungsgebäude der Firma Mannesmann. Sieben Schulgebäude, darunter die größten und schönsten der Stadt, wie das Hohenzollerngymnasium, die Luisenschule usw. Etwa 250 Klassenzimmer, Zeichenäle usw. sind dadurch ihrem Zweck entzogen worden. Im Industrieort Rath kann Schulunterricht nur in wenigen Stunden der Woche erteilt werden. Beschlagnahmt sind natürlich auch fast alle großen Säle. Nur in dem Saalgebäude der städtischen Tonhalle hat man der Bevölkerung vorläufig einen großen Saal gelassen, der aber nur mit Schwierigkeit erreicht werden kann, denn auch der große schöne Garten des Etablissements ist für die Garnison beschlagnahmt worden. Ebenfalls beschlagnahmt sind die Konzerthalle des Zoologischen Gartens. Ganz beschlagnahmt sind weiter 10 Reichsgebäude, teilweise 7. Außerdem 3 kommunale Verwaltungsgebäude. Selbstverständlich wurde auch alles dazu notwendige Bureaumaterial beschlagnahmt.

Welche Schwierigkeiten es gemacht hat, alle diese zum Teil großen Behörden, die ihre Bureaus räumen mußten, wieder anderweitig unterzubringen, davon kann sich der Außenstehende kaum einen Begriff machen. Daß sich die an und für sich vorhandene unerträgliche Wohnungsnot weiter in großen Ausmaße verschärft hat, liegt auf der Hand. Ein Hotel (Kaiserhof) wird augenblicklich umgebaut zu Wohnungen für die französische Gendarmarie.

Mit den etwa 100 beschlagnahmten Personenautos fahren die Franzosen in rasender Fahrt durch die Stadt, wobei ständig Leute überfahren werden. In der vorigen Woche überfuhr man das einzige dreizehnjährige Töchterchen einer Familie. Das Kind war sofort tot.

Seit Beginn der Besetzung ruht in Düsseldorf der Eisenbahnverkehr. Wer verreisen will, muß mit der Straßenbahn in irgendeinen nahegelegenen Ort fahren, Berrath, Neuf, Gerresheim, um dort die Bahn zu erreichen. Der Hauptbahnhof wie die übrigen Düsseldorfer Bahnhöfe liegen öde und verlassen, denn die wenigen französischen Eisenbahner verschwinden völlig in den ausgedehnten Bahnanlagen. Die Lebensmittel müssen infolgedessen mit Lastautos herangeholt werden, wodurch sie natürlich erheblich verteuert werden. Nach dem Industriegebiet zu, also nach Norden, ruht der Eisenbahnverkehr für die Bevölkerung vollständig. Da die Stadt Düsseldorf ihre Milch aus Weiskalen und vom nördlichen Niederrhein bekam, stößt die Milchversorgung in großem Maße. Bei 43 000 Einwohner bekommt die Stadt täglich 16 000 Liter. Vor dem Kriege 130 000 Liter und im vorigen Jahre 40 000 Liter. Nur Säuglinge und Schwerkranken bekommen etwas Milch.

Neben dem Eisenbahnverkehr ruht auch der Telephonverkehr seit sechs Wochen vollständig. Was es bedeutet, wenn eine Stadt wie Düsseldorf ohne Eisenbahn und Telephon ist, braucht kaum gesagt zu werden.

Durch die unaufhörlichen Requisitionen entstehen natürlich auch Kosten. Das städtische Befehlshabersamt hat seit dem 11. Januar für Befehlshaberschäden, Mieten, Quartiergehälter rund 3500 Millionen Mark gezahlt. Augensichtlich betragen die Anforderungen wöchentlich etwa 500 Millionen für diese Zwecke.

All diese Tatsachen zeigen den kulturwidrigen Charakter des militärischen Aufmarsches im besetzten Gebiet deutscher als irgendeine noch so gelehrte Abhandlung. Welche wirtschaftlichen Werte durch den Einbruch im Großen vernichtet werden, ist gegenwärtig gar nicht zu errechnen. Aber schon der große Kleinrieg, der gegen die Bevölkerung der Städte und Industrieorte geführt wird, schlägt so viele Scherben, daß sie allein einen Berg von unüberleibar Größe bilden werden. Die Gesundheit der Bevölkerung, das Gedeihen der heranwachsenden, die Erziehung der Kinder leiden in gleichem Maße, ohne daß durch dieses Leid dem Eroberer auch nur ein Vorteil erwächte. Wenn erst die Erkenntnis von der Nutzlosigkeit des Ruhrabenteuers auch in Frankreich und Belgien sich durchgesetzt hat, wird es möglicherweise selbst für Poincaré und seine imperialistischen Gesellen ein Ermahnen geben, wie es den Verfolgern ehrgeiziger Eroberungsträume auf die Dauer niemals ausgeblieben ist.

## Bericht der englischen Arbeiter.

London, 19. April. (E. B.) Gestern abend wurde der vom 8. April datierte Bericht der aus den Parlamentenmitgliedern Adamson, Tom Shaw, Charles Burion sowie dem Brigadegeneral Thomson bestehenden Arbeiterdelegation über ihren Besuch im Ruhrgebiet vom 21. bis 27. März veröffentlicht. Der Bericht stellt fest, daß sowohl im Rheinland (außerhalb der britischen Zone) als auch im Ruhrgebiet der Eisenbahnverkehr in Mitleidenschaft gezogen worden ist, daß der Straßenbahnverkehr im Gegensatz zu früher langsam, unpünktlich und unregelmäßig ist, daß der telegraphische und telephonische Verkehr für die Zivilbevölkerung so gut wie aufgehoben ist und daß das Geschäftsleben im Ruhrgebiet stillsteht. General Degoutte habe die Lage richtig als eine Blockade bezeichnet. Auch die britische Zone im Rheinland sei umzingelt. Unter diesen Umständen sei

die Lage der britischen Kaufleute unendlich geworden, ihre Geschäftsoperationen seien gelähmt durch die Notwendigkeit, den Franzosen einerseits eine Ausfuhrlizenz zu bezahlen, und andererseits durch die Tatsache, daß, wenn diese Lizenz bezahlt werde, die deutschen Arbeiter sich weigern, ihre Waren zu befördern. Es sei keineswegs sicher, daß, selbst wenn die deutsche Regierung Anweisung erteile, die britischen Waren nach Bezahlung der französischen Ausfuhrlizenz passieren zu lassen, diesen Anweisungen Folge geleistet werden würde. Die allgemeine Ansicht scheint dahin zu gehen, daß

die Industrie um die Hälfte zurückgegangen ist. Von einem Lebensmittelmangel sei nichts sichtbar. Die Lebensmittelpreise hätten die Regelung gezeigt, zu sollen. Dies könne zurückzuführen sein auf die Anstrengungen der deutschen Regierung, das Ruhrgebiet gut versorgt zu halten.

Ueber die Haltung der Arbeiter besagt der Bericht, sie sei im ganzen vernünftig und gemäßigt gewesen. Viele von ihnen hätten zugegeben, daß Deutschland die Reparationen zahlen müsse. Sie widersetzten sich jedoch bis auf den letzten Mann entschlossen jeder Zerstückelung Deutschlands. Sie erklärten, ihre Arbeitsbedingungen seien gewonnen worden nach einem langen Kampfe mit ihrer eigenen Regierung und ihren Arbeitgebern, und diese Bedingungen würden unvermeidlich schlimmer sein unter einer französischen oder einer anderen Verwaltung. Tatsächlich bestehe Grund zu der Annahme, daß

die Arbeiter das mächtigste Element des Widerstandes gegen die widerrechtliche Aneignung der Kontrolle durch Frankreich in irgendeiner Gestalt bilden. Die Bevölkerung des Ruhrgebiets sei im wesentlichen betriebsam und friedlich gesinnt. Die Masse des Volkes sei geduldig und bereit zu verhandeln, sowohl über die Bezahlung einer weiteren Reparationssumme als auch über Garantien für die Sicherheit Frankreichs, um sich von den Eindringlingen zu befreien.

Was die deutschen Industriemagnaten betreffe, so weigerten sie sich zu glauben, daß Frankreich wirklich nur Reparationen wolle. Einer von ihnen erklärte, das wahre Ziel der französischen Imperialisten sei Annexion. Auf die Frage, ob die französische Regierung bezüglich der Reparationszahlungen direkt an sie herantreten sei, hätten sie verneinend geantwortet. Es schienen jedoch Verhandlungen zwischen ihnen und französischen Industriemagnaten stattgefunden zu haben, die schließlich, nachdem sie Hoffnung auf eine befriedigende Vereinbarung erzeugt hätten. Es sei unmöglich, irgendeine Idee darüber zu gewinnen, wie lange noch die großen deutschen Industriekonzerne im Ruhrgebiet durchhalten könnten. Die Magnaten seien mit den Arbeitern im Widerstande gegen jede Verletzung der deutschen Souveränität eins.

Zur Haltung der französischen Vertreter heißt es in dem Bericht, General Degoutte sei sehr überzeugt, daß man Reparationen aus Deutschland herausbekommen könne mittels der Besetzung des Ruhrgebiets. Er blüht auf einen Wald von Schornsteinen und scheint zu denken, daß sie Milliarden darstellen in mehr oder weniger bereitem Geld, ob es rauchen oder nicht. Degouttes

Politik, so erklärt der Bericht, sei bisher nicht vorzüglich gegen Arbeiter gerichtet gewesen. Er scheint jedoch bereit zu sein, in der nahen Zukunft

### stärkere Maßnahmen

zu ergreifen, da — nach seinen eigenen Worten — die Not, die aus der Weigerung der deutschen Eisenbahner, für die Franzosen zu arbeiten, entstanden sei, zunehme. Die Aufgabe des französischen Heeres sei schwierig und heikel, und es sei ein Wunder, daß nicht bereits viel mehr Zusammenstöße mit der Bevölkerung stattgefunden haben. Degoutte hoffe und erwarte eine baldige Kapitulation der Deutschen. Dafür hätten jedoch seitens der Bevölkerung keine Anzeichen bestanden.

Ueber die Haltung der Deutschen außerhalb des Ruhrgebiets sagt der Bericht, die deutsche Arbeiterklasse sei bereit, alles, was in ihrer Macht liege, zu tun, um die aufrichtigen Besorgnisse der Franzosen zu befriedigen, aber mit einem französischen Heer im Ruhrgebiet und französischen militärischen Posten auf dem rechten Rheinufer von Mainz im Süden bis Düsseldorf im Norden seien sie natürlich argwöhnisch, daß die französischen Forderungen nach Reparationen und Sicherheiten nur ein Mantel für Annexionen sind, und erklärten, daß Deutschland Sicherheiten notwendiger brauche als Frankreich. Der Bericht bemerkt zu der furchtbaren Vergeudung sowohl von Geld als auch von menschlichen Anstrengungen im Ruhrgebiet, mit dem, was die französische und die deutsche Regierung zusammen ausgeben, könnte ein großer Teil der Reparationsfrage geregelt werden. Zweifellos träumten zahlreiche Männer in Deutschland von Reparation. Ihre Zahl schwebe an durch die Besetzung des Ruhrgebiets.

Die deutschen Militaristen könnten nur in Schach gehalten werden durch das deutsche Volk. Soweit man sehen könne, sowohl im Ruhrgebiet als auch im Rheinland, bildeten erstere nur eine kleine Minderheit, und die übrigen seien immer noch Herr der Lage.

Zu der britischen Stellung im Rheinbund erklärt der Bericht, eine Fortsetzung der augenblicklichen Politik der Untätigkeit könne schließlich nicht verfehlen, die Stellung der britischen Vertreter zu untergraben. Eine Politik, die sich treiben lasse in einer solchen Krise, sei unvereinbar mit der britischen Würde und den britischen Interessen.

Der Bericht der Arbeiterdelegation kommt zu dem Schluß, daß im Ruhrgebiet ein Kriegszustand herrscht. Die Fortdauer der augenblicklichen Lage müßte eine Katastrophe sein für den Weltmarkt und insbesondere für den britischen Handel. Frankreich gebe Millionen für die Besetzung aus und erhalte dafür fast nichts. Frankreich verwende einen Balken, um eine Sprosse zu fangen. Trotz der oberflächlichen Ruhe seien unter der Oberfläche Seitenkosten am Werk, die unkontrollierbar werden könnten, sowohl durch das französische Heer als auch durch die deutsche Regierung. Es sei, als ob Groß-London durch ein feindliches Heer von 100 000 Mann besetzt würde. Eine solche Truppenmacht könnte Bürger niederstießen, zerstören und terrorisieren, aber sie könnte nicht kontrollieren. Sie laufe Gefahr, unfehlbar in den gemeinsamen Ruin verwickelt und dort verurteilt zu werden. Die Unterzeichner des Berichts erklären sich nicht für besugte Ansichten über die Frage der Berechtigung dieser Aktion auszudrücken, wenn aber die Ruhrbesetzung legal sei, so sei Nacht Recht.

## Neue Konferenz der Entente-Sozialisten.

London, 19. April. (E. B.) Eine neue Konferenz der Sozialisten der Allerten Länder scheint bevorzustehen. Der Führer der Labour Party, Ramsay MacDonald, erhielt eine Einladung der französischen Sozialisten, sich auf eine neue Konferenz der Sozialdemokraten Englands, Italiens, Belgiens und Frankreichs nach Paris zu begeben.

## System Fernandes.

### Die deutschnationale Wahrheitsliebe.

Herr Fernandes, Redaktionskollege der Reichstags-geordneten Hoehsch und Bestarp, schreibt in der „Kreuzzeitung“ über die Rede Breitscheldts folgendes: Wenn Herr Poincaré die Möglichkeit hätte, einen Vertreter der französischen Interessen im Reichstage zum Worte zu verhelfen, einen besseren Sachwalter als Herrn Dr. Breitscheldt könnte er nicht finden. Für unsere Sozialdemokratie ist die Politik Poincarés die ehrlichste und gerechteste der Welt, da gibt es keine brutale Machtpolitik und verächtlichen Anzeigen, keine Ablehnung aller bisherigen deutschen Angebote, keinen bewußten Vernichtungswillen. Herrn Dr. Breitscheldt macht es auch nichts aus, daß der französische Ministerpräsident ausdrücklich ein direktes deutsches Angebot an Frankreich gefordert und es als Unterwerfung und Demütigung Deutschlands im voraus bezeichnet hat.

Man muß sich vorstellen, daß die Leser der „Kreuzzeitung“ so etwas durchaus nicht als einen Akt oder nur als eine groteske Ueberreibung der Polemik empfinden, sondern daß sie das einfach als bare Münze und lautere Wahrheit hinnehmen. Wie die Sozialdemokraten in Wirklichkeit denken und handeln, davon erfahren sie ja nichts. Und wie den Lesern der „Kreuzzeitung“ geht es den Lesern der deutschnationalen Presse überhaupt, denn für die Provinz gibt die „Kreuzzeitung“ den Ton an. Man kann natürlich von den Kleinen draußen nicht mehr Anstand und Wahrheitsliebe erwarten als von dem Organ der Bestarp und Hoehsch. Mit Hilfe dieses Systems kann man nun freilich nicht politisch denkende Menschen, sondern nur fanatisierte Idioten erziehen und sie wie Hunde auf den Mann dressieren.

Herrn Fernandes hatte seinerzeit seine Art, den Nord an Rathenau zu behandeln, einen Rüssel der „Kreuzzeitungs“-Redaktion eingetragen. Geschadet hat ihm das auf die Dauer nicht, und geändert hat es ihn auch nicht. Er bleibt ein Typus jener Sorte von Journalistik, die durch plumpe Strupellosigkeit zu ersehen sucht, was ihr an Bildung und Begabung abgeht und die der ganzen deutschnationalen Presse von heute den Stempel ihres Ungeistes aufdrückt.

## Die Hezke gegen Kuttner.

Der „Kassentamp“, das Organ Ledebours, stellt die Behauptung auf, Genosse Kuttner sei beschuldigt worden, in den Januar-Kämpfen von 1919 einen Nord begangen zu haben, und das Berliner Schöffengericht habe den Beweis für die Wahrheit dieser Behauptung als erbracht angesehen. In Wirklichkeit hat das Gericht in seinem Urteil — gegen das Berufung eingelegt und das nach unserer Ueberzeugung ein Fehlurteil ist — lediglich behauptet, der Beweis sei nicht gelungen, daß Kuttner in Notwehr zum letzten Mittel greifen mußte. Selbst im ungünstigsten Fall könnte nur angenommen werden, daß der Erschossene, der unmittelbar zuvor in fränkischem Zustand seine Umgebung mit Handgranaten bedroht hatte, im Augenblick des verhängnisvollen Schusses schon entwaffnet war und daß Kuttner eine bereits erledigte Gefahr als noch vorhanden betrachtete. Auch in diesem ungünstigsten Fall würde es sich um einen Putativnotwehr, also um kein Delikt, handeln. Tatsächlich ist gegen Kuttner nicht nur wegen Mordes oder Totschlags — was ganz unsinnig wäre —, sondern auch nicht einmal wegen Ueberschreitung der Notwehr prozessiert worden.

Kuttner einer Ueberschreitung der Notwehr zu beschuldigen, ist eine Böswilligkeit, im Zusammenhang mit seinem Namen von Nord zu sprechen, ist eine Schurkerei. Es gibt auch in der Umgebung derer, die diese Schurkerei begehen, Leute genug, die Genossen Kuttner kennen und die wissen, daß er ein rechtsaffener und gütiger Mensch ist. Der Unterschied zwischen der Lösung eines Menschen in wirklicher oder vermeintlicher Notwehr und einer vorsätzlichen Lösung, einem Mord, ist ihnen bekannt. Sie wissen, daß es sich um einen tragischen Zufall handelt, nicht um eine Tat, die Kuttner moralisch belastet. Wenn sie trotzdem, weil das Berliner Schöffengericht ihnen Hehrtheit gegen einen Sozialdemokraten gegeben hat, hinter Kuttner mit dem ewig wiederholten Nordgedächtnis beharren, so beweisen sie damit gegen die sittlichen Eigenschaften des Gehörten gar nichts, gegen ihre eigenen alles.

## Im Schatten der Titanen.

Von Hans Wefemann.

Wir Deutschen lieben es, auf den Spuren unserer geistigen Helden zu wandeln. Kommen wir z. B. an einen fremden Ort, flugs mahnt uns unser Gewissen, hier hat Herders Großmutter einmal übernachtet, oder Goethe ist hier durchgereist und hat im Gasthof zum Löwen Pfannkuchen gegessen, wie außerdem noch auf einer Gedenktafel kundgetan wird. Und mit ehrfürchtigem Schauer, umweht von den klassischen Erinnerungen des Pennals, gehen wir zu der geweihten Stätte, hören auf den Vortrag des Cicero, und nachher schicken wir eine Postkarte nach Hause, die besagt, daß wir unserer Pflicht der Pietät genügt haben.

So kam ich neulich einmal wieder durch Frankfurt am Main und beschloß Herrn Schopenhauer zu besuchen, was ich bislang versäumt hatte. Ich fand auch glücklich sein Wohnhaus, es liegt am Main, und der alte boshafte Herr hat sicher oft mit Vergnügen zugehört, wenn die Buben mit Steinen nach den vorüberfahrenden Schiffen warfen, was zwar keinen Schaden tat, aber gleichwohl jedesmal ein fabelhaftes Schimpfsonnerei veranlaßt, das besonders Germanisten Gelegenheit zu ausgiebigen Studien bietet.

Aber um von Schopenhauer zu reden, An besagtem Hause hängt eine schöne steinerne Tafel, auf der in Goldbuchstaben zu lesen steht, daß hier der Philosoph Arthur Schopenhauer lebte, der auch sonst ein recht bedeutender Mann war. Ich ging also besetzt hinein, eine wackelige Treppe empor und landete vor einer Glasür, auf der August Hempe, Prinatier, stand. Schon etwas zaghaft geworden, läutete ich. Ein rotbäckiges Mädchen öffnete:

„Entschuldigen Sie, ist dies die Wohnung von Schopenhauer?“

„Nein, der wohnt hier net.“

„Ja, das weiß ich schon, aber gibt es denn nichts Sehenswürdiges in der Wohnung?“

„Nein, da gibt's gar nix zu sehn, un außerdem habe mer große Müßi heut.“ Damit machte sie resolut die Tür wieder zu, und ich trat meinen Rückzug an.

Aber seit jenem Tage grüßte ich dem Frankfurter Wohnungsamt, weil es mich in meinem Rechte als Bildungsbürger gekränkt hat.

„... muß unverzüglich gepfändet werden.“ Wenn man einen Mahnzettel in früheren Zeiten erhielt, so blieb man kalt bis ans Herz. Man ließ sich in Steuerangelegenheiten ruhig mahnen — Preis 20 Pfennig — und kalkuliert geschäftstüchtig, daß die Zinsen-erparnisse der Steuersummen größer waren als die 20 Pfennig Strafgeld.

Die Steuerbehörde war sehr zuvorkommend und einsichtsvoll: sie mahnte auch zweimal, bevor sie zum „Ernt“ schritt. Ihre Rassen waren stets gefällig, und noch kein Versailles Friedensvertrag grünte wie ein Nachtgepenst uns an.

## Der Salamander.

### Was völkische Studenten wert sind.

Am Montag fand der veranordnete Redakteur der Breslauer Wochenzeitung „Die freie Meinung“ vor dem Breslauer Schöffengericht, um sich wegen der Mitteilung zu verantworten, daß die Breslauer studentische Verbindung „Burgundia“ am Tage von Rathenaus Ermordung einen Salamander auf die Mörder gerieben habe. Es lag den drei Chargierten, die als Richter auftraten, sehr viel an der Entdeckung des Gewährsmannes. Der Angeklagte weigerte sich jedoch, ihn zu nennen, mit der Begründung, daß man bei der heutigen Verfassung der deutsch-völkischen Studenten nicht wissen könne, ob dem Gewährsmann nicht noch am selben Tage ein tödlicher Unfall zustößen würde; aus diesem Grunde könne auch der Wahrheitsbeweis leider nicht geführt werden. Diese Aeußerung wirkte nach der Urteilsbegründung des Vorsitzenden, Amstrichters Dr. Wanjura, strafschärfend, während als strafmildernd die Erregung der damaligen Zeit in Betracht gezogen wurde. Der Angeklagte wurde zu 100 000 M. Geldstrafe verurteilt.

Beschimpfungen der Republik wurden bisher in Breslau mit wenigen Tagen Gefängnis geahndet, Verurteilungen des Reichspräsidenten mit 20 000 M. Geldstrafe. Die deutsch-völkischen Studentenverbände aber sind 100 000 M. wert.

## KPD. für verschärften Ruhekampf.

Essen, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Das kommunistische „Ruhr-Echo“ veröffentlicht einen Aufruf eines „Ausschusses der revolutionären Betriebsräte der streikenden Zechen“, worin behauptet wird, daß deutsche Unternehmervertreter die Bergarbeiter zur Arbeit unter französischen und belgischen Bajonetten aufzwingen. Der Kampf gegen den ausländischen Militarismus müsse aber weiter geführt werden, auch wenn die Unternehmungen gegen ihn seien. In besetzten Zechen dürften nur die notwendigen Notstandsarbeiten, aber keine Vorrichtungsarbeiten geleistet werden. Mit Entzückung wird festgestellt, daß sich Streikbrecherbanden gebildet haben, die unter den unwürdigsten Bedingungen am Abtransport der Kohle arbeiten, und es wird vorgeschlagen, zur Verhinderung dieser Arbeit die vorhandenen Kohlen- und Koksorräte durch Zuteilung unter die werktätige Bevölkerung verschwinden zu lassen. Der Aufruf schließt: „Es lebe der Kampf gegen die französischen und belgischen Imperialisten! Nieder mit den Streikbrechern! Nieder mit den deutschen Unternehmern, die Poincaré in die Hände arbeiten!“

So sehr man das gesonderte Vorgehen der Kommunisten bedauern muß, so sehr ist doch die Tendenz zu begrüßen, die sich in diesem Aufruf ausdrückt. Die Kommunisten rücken damit nach mancherlei absonderlichen Schwankungen in die allgemeine Linie des passiven Widerstandes gegen die militärischen Eindringlinge ein.

## Pariser Gerüchte.

### Ausrufung der „Rheinischen Republik“ geplant?

Paris, 19. April. (WTB.) „Ere Nouvelle“ schreibt: Es geht das Gerücht, daß wir entschlossen sind, die administrative und wirtschaftliche Autonomie der Rheinlande aufzurufen und daß dieses Mandat der Vorbereitungen einer umfassenderen Operation, nämlich der Ausrufung der rheinischen Republik sei. Wir können im Augenblick nicht feststellen, was an diesen Gerüchten wahr ist, haben aber Gründe, anzunehmen, daß es sich hier nicht um vollkommene Phantasie handelt. Es herrscht hier ein Gelfestzustand, der eine Unabhängigkeit der Rheinlande schaffen will, die sich vollkommen gegen das Deutsche Reich orientieren solle. Wir sind ebenso besorgt wie andere um die Sicherheit Frankreichs, behaupten aber, daß eine Lösung dieser Art diese Sicherheit nicht verwirklichen kann. Das Problem der Sicherheit ist nicht mehr militärischer Art, sondern diplomatischer, d. h. es hängt vielmehr ab von der neuen Art der Diplomatie, die sich die internationale Organisation der territorialen Regie der europäischen Mächte nennt. In praktischer Beziehung scheint man die Vorteile, die wir aus der Trennung der verschiedenen Elemente des Deutschen Reiches ziehen können, schlecht einzusehen.

### Keine Besatzungsänderung an der Ruhr.

Paris, 14. April. (WTB.) Kriegsminister Maginot ist gestern vormittag nach Paris zurückgekehrt. Der Hauptwort seiner Reise war nach „Havas“, an Ort und Stelle die Frage der

Truppenstärke zu regeln, die heute für die ganze Ruhrfrage maßgebend sei. Vom 20. Mai an seien 20 000 bis 22 000 Mann der Jahreshälfte 1921 abschnittsweise zu entlassen. „Havas“ erklärt, der französische und der belgische Kriegsminister hätten sich über die Neuregelung der französischen und der belgischen Truppenverteilung verständigt. Die getroffenen Vereinbarungen würden es gestatten, in dem besetzten Gebiet die Truppenstärke auf der gleichen Höhe wie bis jetzt zu erhalten.

Paris, 19. April. (WTB.) Wie das „Journal“ berichtet, hat die Interalliierte Rheinlandkommission eine neue Verordnung erlassen, derzufolge die Interalliierte Fabrik- und Bergwerkskommission im Ruhrgebiet ihre Tätigkeit auch auf das linke Rheinufer ausdehnt. Die Ausbeutung der Bergwerke, Kohlenlieferungen, die Erhebung der Kohlensteuer usw. sind mithin für das gesamte besetzte Gebiet einer Zentralstelle übertragen worden.

## Draconische Urteile.

Köln, 19. April. (WTB.) Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Aachen fanden Steinbrucharbeiter vor dem französischen Kriegsgericht unter der Anklage, einen Wasserturm, den die Franzosen besetzt hatten, mit Steinen beworfen zu haben. Das Urteil lautete gegen einen nicht erschienenen Arbeiter auf lebenslängliche Zwangsarbeit, gegen zwei auf zehn Jahre Zwangsarbeit.

### Trocquer's Zuversicht.

Paris, 19. April. (WTB.) Ueber die gestrigen Besprechungen in Koblenz teilt der Berichterstatter des „Petit Parisien“ mit, daß daran die Minister De Lasteyrie und Le Troquer, die Oberkommissare Tirard und Rollin-Jacquemans, die Generale Dégoutie und Pajot, der Eisenbahndirektor Braud und dessen beide Stellvertreter, der Franzose Franck und der Belgier Pergeot, und endlich Delegierte der Bergwerksdirektion im Saargebiet teilgenommen haben. Zahlreiche Fragen bezüglich der Organisation der produktiven Pfänder seien besprochen worden, ebenso die der Eisenbahnen im besetzten Gebiet. Insbesondere sei die Heranschaffung französischer und belgischer Eisenbahner in das besetzte Gebiet erörtert worden. Auf dem Bahnhof von Koblenz erklärte der Minister Le Troquer dem Berichterstatter des „Petit Parisien“: „Ich bin glücklich über meine Reise und die Resultate, die erzielt wurden. Man kann bereits sagen, daß das Spiel gewonnen ist.“

## Schwedenvertreter gegen Saar-Regierung.

Paris, 18. April. (WTB.) Ueber das Eingreifen der schwedischen Delegierten im Völkerbundrat in der Saarfrage erzählt „Havas“ aus Genf, zur allgemeinen Ueberzeugung habe gleich in der ersten vertraulichen Sitzung des Völkerbundrates der Vertreter der schwedischen Regierung, Anden, der einige Tage vor Branting in Genf eingetroffen sei, gefordert, daß der Völkerbundrat über den saarländischen Protest gegen die Notverordnung der Regierungskommission berate. Die Initiative der schwedischen Regierung werde als ein Versuch ausgelegt, den Wert der wichtigsten Amtshandlung der Saar-Kommission zu zweifeln erscheinen zu lassen. Man sei der Ansicht, daß die Intervention dazu angetan sei, die Autorität der Regierungskommission zu schwächen in einem Augenblick, wo die Haltung Deutschlands sowohl im Saargebiet als auch im Ruhrgebiet besondere Ueberwachung und Energie seitens der für Ordnung und Sicherheit verantwortlichen Regierung erfordere.

Es ist anzunehmen, daß „Havas“ nur eine ausschließlich französische Ansicht zum Ausdruck bringt, um so mehr, als er in seiner Nachricht wiederholt auf die Ereignisse im Ruhrgebiet anspielt und erklärt, die Verordnung habe im Saargebiet nur Proteste hervorgerufen, die eine antifrösische Politik und besonders eine antifrösische Politik betrieben.

Der Allonsauschuh „Ne wieder Krieg“ veranstaltet am Sonntag, den 22. April, vormittags 11 Uhr, drei große Kundgebungen im Saarbau Friedrichshain, Kleins Festälän (Hafenheide) und der Chamisso-Schule, Barbarossaplatz. In diesen Kundgebungen soll die Beendigung des Ruhrstreiks durch Verhandlungen verlangt werden. In Paris und London finden am gleichen Tage Demonstrationen mit dem Verlangen nach sofortiger friedlicher Lösung des Reparationskonfliktes statt. Referieren werden u. a.: J. Altmeyer, H. v. Gerlach, Müller (Strandenburg), Quibde, Rabold, Seger, Ströbel, Schüringer, Simberly (Essen), Toni Sender, v. Offehty, Dr. Simons, Wetzer.

## Er steigt!

Dieses war nun auch ein Quark! Lang' schon hört man's pfeifen: Die „stabilisierte“ Mark! Kommt jetzt bald ins Rauschen!

Nein, sie hielten's nicht mehr aus — Etwas muß' geschehen, Sollte drum das Deutsche Haus Auch in Stücke gehen.

Und die „Stützen“ schüttelten Unten sie und oben, Rudern, rudern, ruderten, Schoben, schoben, schoben.

Und der Bau erwies sich schwach, Und der Abbau schwächer, Bau! da gab es einen Krach — Ach, wir armen Schächer!

„Hoch der Dollark! Höher noch! Allerhöchst derfelbe!“ Schall's von Königsberg bis Goch, Klingt's vom Rhein zur Elbe.

Sieger blieb er in dem „Raisch“, Und es unkt die Korne: Kladderadatsch! Kladderadatsch! Jetzt beginnt's von neuem! Jeremias.

Einheitliche Bibliotheksorganisation. Einen bemerkenswerten Beschluß faßten Senat und Bürgerschaft Lübeck's in einer Zeit, die uns leider ein großes Büchersterben erleben läßt. Die bislang von einem Privatverein mit staatlicher Unterstützung betriebene Deffensische Bücher- und Lesehalle wurde in den Besitz und die Verwaltung des Staates übergeführt. Sie ist der Stadtbibliothekswartung, die sich bereits in die Abteilungen Stadtbibliothek, Bücherberatungsstelle und Landeswanderbücherei gliedert und dem Bibliotheksdirektor Dr. Pösch unterstellt ist, organisch angegliedert. Der Freisinn Lübeck verfügt somit jetzt über ein planmäßig organisiertes öffentliches Büchereiwesen.

Eine Reihe-Gedächtnisfeier wird im Festungsmuseum Donnerstag, 8 Uhr, veranstaltet. Es gelangen nachgelassene Dichtungen aus der Hand- schrift erstmalig zum Vortrag.

Vorträge. Freitag 1/8 Uhr spricht im Koninkensbund Dr. Grau über „Gehirn und Seele“, im Werner-Siemens-Realschulsaal, Quaken- (Lauenburger) Straße 47/48.

Die geklebene Büchergarderobe. Im Stuttgarter Schauvielf- haufe räumte bei einer der letzten Vorstellungen ein Garberobenansteller die Garberobenschränke einiger Schauvielfer völlig aus und ludte dann mit der Diebstahlschuldung des Diebes. Da der Diebstahl erst kurz vor Beginn der Abendvorstellung bemerkt wurde, konnte die Vorführung erst eine Stunde später beginnen; für die kostspieligen Schauvielfer mußte erst eine Notausstattung besorgt werden.

Alle Woche kommen energische Schreiben ins Haus geflogen: „Die Reichseinkommensteuer-Vorauszahlung ist — rückständig... 19 Jhg. I. R. Sie werden hiermit aufgefordert, diesen Betrag binnen einer Frist von 7 Tagen an uns zu entrichten: bleibt die Zahlung aus, dann muß unverzüglich gepfändet werden.“

Der Reichseinkommensteuer-Vorauszahlung (auf dem Formular in einem Wort geschrieben) folgen Kirchensteuer, Grundsteuer, Entwässerungsgebühren, Wohnungsabgabe, Müllabfuhrgebühren und so und so viel andere staatliche und städtische Debitstellen. Wie ein Remetel aber steht festgedruckt bei ihnen allen das Wort: „Pfändung.“

Das Wort Pfändung hat einen süßen Beigeschmack... es schmeckt wie Walfischtran oder verschimmeltes Brot. Das Wort Pfändung bringt Unruhe ins Familienleben, und es wirkt wie die neue Rechnung von Gas und Elektrizität.

Ich habe mich erkundigt: Der Gerichtsvollzieher kann jede Minute durch einen Schloffer die Tür öffnen lassen, und was ein Schloffer heute für solche Gänge verlangt, ist ja bekannt.

Da wir zu Pfändenden alle Kosten für Türen, Siegel, Gänge usw. bezahlen müssen, ist es schon das Beste, wir warten nicht wie ehehem die zweite Rahnung ab, sondern wir warten auf den Briefträger, gehen täglich um 10 Uhr zum Steueramt und verrichten unsere Steuern aller Kategorien.

Auf daß wir nicht gepfändet werden... e. str.

Ein wanderndes Trottoir als Untergrundbahn. Das „Trottoir raillant“, die wandernde Plattform, ist als Verkehrsmittel bisher hauptsächlich auf Weltausstellungen benutzt worden und galt mehr als eine Kuriosität. Eine praktische Verwertung soll diese Einrichtung, die als endloses Band gestaltet ist, nimmere in New York erhalten. Das New Yorker Verkehrsamt will einen Teil der Untergrundbahn dadurch ersetzen. Zurzeit des Geschäftsbeginnes und Geschäftschlusses herrscht nämlich in der New Yorker City auf der Untergrundbahn ein fürchterliches Gedränge, das die glatte Abwicklung des Verkehrs verhindert. Es wird nun unter der 42. Straße zwischen der 3. und 8. Avenue eine wandernde Plattform eingerichtet, die als endloses Band in den Endstationen in Schleifen wieder zurückbiegt. Dieses Trottoir ist so gestaltet, daß drei Plattformen mit steigender Geschwindigkeit nebeneinander herlaufen. Zunächst dem letzten Bahnsteig bewegt sich eine Plattform, die 4,8 Kilometer in der Stunde läuft; dann folgt eine mit 9,6 Kilometer Geschwindigkeit, und die äußerste hat 14,4 Kilometer Geschwindigkeit; diese letztere ist mit Bänken ausgestattet. Höhenunterschiede oder Zwischenräume bestehen zwischen den einzelnen Plattformen nicht, abgesehen davon, daß jede äußere über die benachbarte innere um eine Bodenhöhe übergreift. Die Vorteile für eine reibungslose Abwicklung des Verkehrs sind bedeutend. Die Fahrgäste brauchen nicht, wie bei der Untergrundbahn, auf einen Wagen zu warten, sondern können zu jeder Zeit ein- und aussteigen und ohne jede Schwierigkeit vom Bahnsteig her die schnellste Plattform erreichen und verlassen. Dadurch wird jedes Gedränge vermieden; auch ist die Passagierkraft der Plattformen beträchtlich größer als die der Wagen, und es kann an jeder Straßenkreuzung eine Station errichtet werden, da das für den Verkehr so lästige Halten und Anfahren wegfällt. Schließlich stellt sich der Betrieb der wandernden Plattform billiger als der mit Wagen,

## Labourel freigelassen.

Sting, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Haftbefehl gegen den französischen Journalisten Labourel ist aufgehoben und Labourel sofort freigelassen worden. Er hat sich in Richtung Königsberg auf die Reise begeben.

Diese Haftentlastung beweist, wie unsinnig der auf „militärische Tugendhaftigkeit“ gegründete Spionageverdacht war. Wir begrüßen es, daß sich die zuständige Stelle des Auswärtigen Amtes energisch für eine rasche Klärung der Angelegenheit eingesetzt hat und bedauern nur, feststellen zu müssen, daß unser Protest zunächst fast kein Echo in der deutschen Presse gefunden hatte, ja sogar Gegenstand häßlicher Bemerkungen nationalisistischer Blätter gewesen ist. Freilich: wer die schmachvolle Angelegenheit Puttkamer denkt, wird erst recht nicht den Mut finden, in der jetzigen Zeit für einen französischen Berufskollegen einzutreten.

## Der Erzberger-Mörder in Italien?

Rom, 19. April. (W.B.) Auf Ersuchen der deutschen Behörden sahndet die Polizei in Genua eifrig nach dem des Mordes an Erzberger beschuldigten Kaufmann Schulz. Schulz war jedoch bis heute morgen noch nicht auffindbar.

## Arbeitslosenkundgebung in Essen.

Essen, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag findet in Essen eine große Arbeitslosenkundgebung statt. Züge von Demonstranten, etwa 5000 bis 6000 Personen stark, durchziehen die Straßen nach dem Rathaus zu. Das Rathaus selbst ist von Arbeitslosentruppen bereits seit dem frühen Morgen umstellt. Die Kundgebung macht einen gut organisierten Eindruck. Der Ausgang ist noch ungewiß und keineswegs unbedenklich. Die Essener Feuerwehr, verstärkt durch auswärtige Feuerwehr, steht zum Eingreifen bereit.

## Fascistische „Ordnungsmacherei“.

Nur spärlich fließen die Quellen aus Italien. Mussolinis harte Faust hält die Pressefreiheit mit unverhüllter Schamlosigkeit nieder. Dennoch erfährt man aus der italienischen Presse zuweilen mancherlei, und wir werden von Zeit zu Zeit nicht ermangeln, das fascistische Italien in seiner wahren Gestalt zu zeigen. Wir wollen uns nur auf Tatsachen mit genauer Quellenangabe beschränken.

Der „Avanti“ vom 17. März meldet, daß die Redakteure Roretti und Ravagnani vom Triester „Laboratore“ von den Faschisten aus Triest verbannt wurden. In der Provinz Forlì wurde Genosse Ciro Farneti, gewesener sozialistischer Bürgermeister von Predappio, von einigen Faschisten durch Stockhiebe so schwer verletzt, daß er mit einem Beinbruch und schweren Kopfverletzungen liegen blieb. („Avanti“, 17. 3.) Genosse Giuseppe Bentivogli, der in der ganzen Provinz Bologna als einer der populärsten gewerkschaftlichen Organisatoren bekannt ist und sein ganzes Leben dem Wohle der arbeitenden Bevölkerung gewidmet hatte, wurde in der grausamsten Weise auf offener Straße von Faschisten überfallen und mit Stockhieben lebensgefährlich verletzt. („Avanti“, 19. 3.) In Cosogno (Vincenzo) wurde der Schuhmacher Eno Mannucci von Faschisten überfallen und totgeschlagen. Der arme Arbeiter, der nur wegen seiner Opposition gegen die jetzige Regierung ermordet wurde, hinterläßt eine Frau und eine Schar kleiner Kinder. („Avanti“.)

Die fascistische Gruppe von Brasovizza (Strien) hatte zur Auffüllung ihrer Vereinsliste einen Ball veranstaltet. Der Varrere dieser Dreifachst erlaubte sich, gegenüber seinen Gästen zu bemerken, daß in der Faschzeit das Tanzen nicht erlaubt und daß daher der christlichen Bevölkerung die Teilnahme an dem Fest nicht zu raten sei. Die Faschisten, die das Gelingen des Festes in Gefahr sahen, erließen hierauf in der Pfarre und zwangen den Pfarrer unter Revolverdrohung, eine große Dosis Rizinusöl zu trinken. („Avanti“, 9. d.) Am 21. d. nachts wurde im Zentralsporthaus von Bologna der Chiropraktiker vom „Reto de Corino“ Rello Quilici von dem fascistischen Staatskommissär für die Provinz Bologna geohrfeigt und mißhandelt. Am 20. 3. wurden in Verona zwei Faschisten zu je 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie waren wegen Erpressung angeklagt, da sie Mitglieder einer christlichen Gewerkschaftsorganisation gezwungen hatten, große Mengen Rizinusöl zu trinken. Die Faschisten steckten nun die Häuser ihrer Opfer in Brand und verletzten einen der Arbeiter lebensgefährlich. Die Faschisten, die auf Automobilen herangekommen waren, begegneten auch einigen christlich organisierten, die von der Verhandlung zurückkamen und mißhandelten diese aufs schwerste. Ein gewisser Dante Antolini, der durch Flucht entkommen wollte, wurde durch Revolvererschüsse tödlich verletzt. („Avanti“, 22. 3.) In Ponte Santo (Imola) wurde der 30jährige Stefano Dal Pozzo, der sich geweigert hatte, der fascistischen Gewerkschaft beizutreten, von den Faschisten durch zwei Dolchstiche getötet. („Avanti“, 21. 3.) Vor einiger Zeit war der Arbeiter Giuseppe Vitali wegen Ermordung eines Faschisten angeklagt, doch wurde festgestellt, daß sich der Faschist durch einen unglücklichen Zufall selbst getötet hatte; Vitali wurde freigesprochen. Am 19. 3. früh wurde ober dieser Arbeiter auf dem Wege durch Stockhiebe getötet aufgefunden.

Ein boshafter Mord? Der bulgarische Ministerpräsident Stamboliski kündigte in einer Rede in Sofia einen Gesekentwurf an, nach dem in einer Landgemeinde, in der mehr als 10 Eigentümler der kommunistischen Partei angehörten, das Eigentum der Parteimitglieder enteignet und eine Kommune gebildet wird, in die alle Kommunisten der Ortschaft zwangsweise eintreten. Unter den Mitgliedern der Kommune tritt Arbeitsleistung nach dem Grundsatz der Gleichheit ein; ebenso werden die Mitglieder der Kommune an ihren Erzeugnissen zu gleichen Teilen beteiligt.

	19. April		18. April	
	Käufer (Geld- Runde)	Verkäufer (Brief- Runde)	Käufer (Geld- Runde)	Verkäufer (Brief- Runde)
1 holländischer Gulden	14770.50	14529.15	9675.75	9724.25
1 argentinische Papier-Peso	10947.50	1102.44	9052.31	9097.89
1 belgischer Franc	1695.75	1704.25	1461.48	1468.82
1 norwegische Krone	5408.45	5493.55	4418.96	4456.07
1 dänische Krone	5695.57	5664.18	4688.25	4711.75
1 schwedische Krone	7730.62	7769.88	6588.50	6616.50
1 russische Rubel	—	—	688.28	686.72
1 japanischer Yen	14483.75	14536.25	—	—
1 italienische Lire	1471.81	1478.69	1211.96	1218.04
1 Pfund Sterling	139850.—	140830.—	114712.50	115287.50
1 Dollar	29426.25	29573.75	24937.50	25062.50
1 französische Franc	1970.06	1979.94	1620.98	1629.07
1 brasilianischer Milreis	8291.75	8308.25	—	—
1 Schweizer Franc	5881.56	5888.44	4488.75	4511.25
1 spanische Pseta	4588.50	4611.50	3815.48	3834.57
100 österr. Kronen (abgefl.)	—	—	48.89	44.11
1 tschechische Krone	—	—	788.16	788.98
1 ungarische Krone	—	—	6.63	6.67
1 bulgarische Leva	—	—	183.88	186.47
1 jugoslawischer Dinar	—	—	250.87	251.68

## Spart Wasser!

In Friedenszeiten gingen auch die paar Pfennige, die für einen Kubikmeter Wasser im Hausgebrauch zu zahlen waren, bei der Abrechnung ins Geld. Mit Recht wachte der Hausbesitzer darüber, daß die Mieter nicht Wasser vergeuden. Tatsächlich wurde sehr viel Wasser verplanscht. Es ging ja alles auf Kosten des Hauswirts. Heute müssen die Mieter die gesamten Wasserkosten aus der eigenen Tasche bezahlen und sind erstaunt, wenn beispielsweise von 24 Mietern nur für ein Vierteljahr rund 80 000 M. Wassergeld bezahlt werden sollen. Deshalb hat aber das Verplanschen noch lange nicht aufgehört. Es besteht fast nirgends so viel Gemeinschaftsgefühl, daß ein Nachbar dem anderen unzulässige Kosten erspart. Früher kontrollierte der Hauswirt. Heute hat er kein Interesse daran. Hier und da mahnen wohl die Mietervertretungen zur Einschränkung, aber mit wenig Erfolg. Eine Kontrolle der einzelnen Mieter läßt sich ja nicht durchführen und würde auch viel Ärger verursachen. Obendrein ist eine gerechte Verteilung der Kosten nach dem Wasserverbrauch des einzelnen Mieters nach Lage der Zeit nicht durchzuführen. Eine siebenköpfige Familie bezahlt nicht mehr als eine zweiköpfige, verbraucht aber mindestens doppelt soviel Wasser. Frau Müller benutzt alle zwei Wochen die Waschküche, während Frau Schütz die Wäsche aus dem Hause gibt. Gastwirte, Schlächter, Friseur, Metzger, Metzger mit eigenen Badheizöfen verbrauchen das Vielesche mehr als der andere Einzelmietler. Können aber zu erhöhtem Kostenanteil nur auf Antrag des Vermieters herangezogen werden. Nur eins könnte helfen, die Wasseruhr in jeder Wohnung, aber so ein Ding ist heute im Preise den Mietern unerschwinglich.

Also muß es bei der Wohnung bleiben: Im Interesse aller zu sparen.

## Ein neuer Sattenmordprozess.

### Zerrüttete Familienverhältnisse.

Vor den Geschworenen des Landgerichts I hatte sich heute die Frau Martha Schmidt wegen Ermordung ihres Ehemannes des Formers Georg Schmidt zu verantworten. Die Angeklagte gab unter Tränen ein sehr trübes Bild ihrer Ehe und stellte ihre Tat als einen Akt der größten Verzweiflung hin. Die Angeklagte war in erster Ehe mit einem Fuhrunternehmer verheiratet und dieser Ehe waren zwei Töchter, die jetzt 22 und 20 Jahre alt sind, entsprossen. Im Jahre 1915 heiratete die Witwe den geschiedenen Formers Georg Schmidt, der einen jetzt 12jährigen unehelichen Sohn Richard in die neue Ehe hineinbrachte, aus der dann der jetzt 6jährige Sohn Kurt hervorging.

Die Angeklagte gab an, daß ihre Ehe anfangs sehr glücklich gewesen sei. Später wurde sie jedoch dadurch getrübt, daß Schmidt den Töchtern der Angeklagten aus erster Ehe unbillig nachstellte. Seit 1916 arbeitete er fast gar nicht mehr, trank unheimlich viel und ließ seine Familie darben. Ein Beweis dafür ist, daß die Kinder unterernährt sind. Als der Mann dann wieder Arbeit erhielt, benutzte er, nach der Darstellung der Angeklagten, diese Gelegenheit nur dazu, Metall zu stehlen. Später verging er sich an der zweiten Tochter Frieda, die daraufhin das Haus verließ und nach Amerika auswanderte. Zu gleicher Zeit zog meine Tochter Gertrud, die das 21. Jahr vollendet hatte, aus dem Hause. Jetzt begann der Ehemann, der Angeklagten widernatürliche Zumutungen zu stellen, so daß sie sich vor Ekel erbrechen mußte. Vor: Wenn das Familienleben so unglücklich war, weshalb haben Sie sich denn nicht scheiden lassen? Angekl.: Ich wollte nicht, daß das ein Scheidungsgrund ist. Vor: So klug ist doch jeder, daß er sich danach erkundigt. Frau Schmidt gibt dann noch weiter an, sie habe beim Weggang von ihrem Mann nur ihre eigenen Möbel mitgenommen. Schmidt habe aber auf Grund einer eidesstattlichen Versicherung die Herausgabe der Sachen erzwungen und diese durch den Gerichtsvollzieher abholen lassen. Er habe ihr alles genommen, selbst ihre Wäsche und Kleider. Er habe sie mit gemeinen Redensarten beschimpft, und als sie ihn bat, ihr die Sachen doch zu lassen, habe er ihr ins Gesicht gespuht. Dann habe er auch noch mit zwei Gränen ihren 6jährigen Sohn Kurt fortziehen lassen wollen. Das habe sie zur Verzweiflung gebracht und sie sei ohne Besinnung herumgelaufen. Als sie am nächsten Tage erfuhr, daß ihr Mann abends bei seinem Vater zur Geburtsstagsfeier sei und spät nach Hause kommen würde, habe sie vor dem Hause in der Kammerstraße bis 1 Uhr nachts auf ihn gewartet. Die Angeklagte hat auf ihren Mann aus einem Revolver vier Schüsse abgegeben, von denen einer traf und Schmidt sofort tot zusammenbrach. Die Angeklagte bleibt dabei, daß sie ohne Besinnung gewesen sei und in der Verzweiflung gehandelt hätte.

## Die neue Hundsteuer.

Gestern hat der Berliner Magistrat neue Änderungen zur Hundsteuerordnung getroffen. Im Gegensatz zum ersten Entwurf soll die Steuer für den ersten Hund auf 24 000 M. Mark, für den zweiten auf 36 000 und für den dritten auf 48 000 Mark festgesetzt werden. Die neue Festsetzung bedarf der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung und der Genehmigung durch den Oberpräsidenten.

Der Schutzbund der Hunde- und Tierfreunde veranstaltete gestern abend eine Protestkundgebung. Die Interessenten behaupten, daß die Unterhaltung in Berlin bei der ungeheuren Unsicherheit, gegen die selbst Polizeiergane machtlos sind, eine unumgängliche Notwendigkeit sei und daß deshalb die Steuern nicht in dieser Höhe erhoben werden dürfen. Aussicht auf Erfolg hat

## 4. Stock — Polizeirevier.

Zu den seltensten Erscheinungen der Wohnungsnot gehört die Einrichtung eines Polizeireviers im 4. Stockwerk des Hauses Badensche Straße 43/44. Es handelt sich um das 155. Revier der Inspektion Wilmersdorf, das dort in einem Bureauhaus untergebracht ist. Zu der Vorgeschichte dieser Immerhin in der Berliner Polizeigeschichte wohl einzigartigen Unterbringung erfahren wir folgendes: Infolge wiederholter Klagen des Publikums aus der dortigen Gegend ergab sich die Notwendigkeit, das bereits dort vorhandene Revier aufzuteilen. Trotz größter Entgegenkommen durch das städtische Bezirksamt konnte eine andere Regelung nicht erreicht werden, jedoch war es möglich, die für das Publikum wichtigsten Arbeitsgebiete, die Meldestelle, sowie das Bureau der Verwaltungspolizei in Räumen des Erdgeschosses unterzubringen. Hierdurch werden insbesondere für Ältere und gebrechliche Personen die größten Härten vermieden. Das Polizeipräsidium bemüht sich mit allen Mitteln, das Revier so bald wie möglich gänzlich im Erdgeschoss unterzubringen.

## Der Flusspirat von Dranienburg.

In einer Schiffsverwerft in Mainz bei Dranienburg wurden kürzlich in einer Nacht alle Treibriemen gestohlen, so daß der Betrieb vorübergehend lahmgelegt war. Auf eine eigene Art kam jetzt Licht in diese Gegend. Ein Schiffer Fritz Geister aus der Bietronenstraße betörte vor einiger Zeit ein 17jähriges Mädchen, lockte es in seine Wohnung, befiel es wider den Willen der Verführten 14 Tage lang gefangen und verging sich schwer an ihm. Fines Tages gelang es dem Mädchen zu entweichen und die Mutter machte Anzeige. Daraufhin begaben sich Kriminalbeamte der Streifmannschaft nach der Wohnung und fanden bei Geister, der festgenommen wurde, eine Menge zerhackten Feders und Treibriemen aus der Dranienburger Gegend. Geister hat bei Dranienburg einen Kahn liegen,

fuhr mit ihm zur Nachtzeit an die Betriebe heran und bestahl nicht nur diese, sondern auch die großen Kähne, die in der Gegend vor Anker lagen. Die gestohlenen Treibriemen verkaufte er in Städten an Schuhmacher.

## Ausländische Häuserspekulanten.

### Die Affäre Blum.

Die durch Herrn Rechtsanwalt Bösch im Namen von Frau Leopold Blum in Nr. 155 des „Vorwärts“ vom 4. April veröffentlichten Angaben haben wir nachprüfen lassen. Die von unferen Berichterstatter ermittelten Tatsachen weichen von der Darstellung des Anwalts erheblich ab. So stimmt es z. B. nicht, daß Blum nur vier Häuser erworben hat. Außer dem Haus Kurfürstendamm 150 und drei Häusern in der Dankelmannstraße hat er weitere in der Pestalozzistraße, Krumme Straße und in Tempelhofer, zumeist 1922 bei hohem Dollarkurs aufgekauft und rasch abgekauft: typische Häuserspekulation. Er bemühte sich immer wieder, auch die an sein Haus am Kurfürstendamm angrenzenden Grundstücke zu erwerben, wurde jedoch von den Eigentümern scharf abgewiesen. Es liegt ein diesbezügliches schriftliches Zeugnis vor. Wenn er den Häuserkauf in den letzten Monaten unterbrochen hat, so liegt das an der allgemeinen, durch die Stabilisierung der Mark veranlassenen Störung im Grundstücksverkehr, dann aber auch an dem preussischen Sperrgesetz, welches Verkäufe an Ausländer von der Genehmigung der Gemeinde abhängig macht. Aus diesem Grunde bewirbt sich Blum nunmehr um seine Einbürgerung. Es entspricht auch nicht den Tatsachen, daß sämtliche Mieter des Hauses Kurfürstendamm 150 erklärt hätten, Blum hätte sie nicht drangaliert. Zwei Mieter haben die Erklärung nicht unterzeichnet: der eine ist Vorjüngler, der zweite Mitglied des Mieterausschusses. Die Gewinnung der übrigen Unterschriften zeugt von der durch Blum geschaffenen Zerrüttung der Verhältnisse. Blum hat gegen einen Mieter, dessen Wohnung er sich um jeden Preis verschaffen wollte, zahllose Söldaten und einen ganzen Apparat von Agenten spielen lassen, mit dem Erfolg, daß diesem Mieter die Wohnung gestündigt und überdies zwei Räume beschlagnahmt wurden. Durch dieses abschreckende Beispiel, das seine Macht illustrierte, machte Blum sich eine Anzahl von Mietern so gefügig, daß sie schwere Schädigungen schweigend duldeten. Blum hatte für das Geld der Mieter Kopien angefertigt, sie selbst in Empfang genommen und im Hausweller verwahrt. Durch drei beidseitige Sachverständige wurde dann das Fehlen von 400 Zentnern Reis festgestellt. Die Mieter mußten sie nochmals anschaffen und erlitten einen Verlust von 7 Millionen Mark. Ferner nahm Blum sämtlichen Mietern ihre gemauerten Bodenplatten ab, wies ihnen Holzperchläge auf dem Treppenboden zu und zwang sie, eine schmale, eiserne Hintertreppe als Zugang zu benutzen. Neueingehende Mieter mußten außer der Miete eine hohe einmalige Summe bezahlen u. dgl. Durch die ihm gefügigen Mieter wußte Blum die Bildung einer den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes entsprechenden Mietervertretung ein Jahr lang zu verhindern. Erst vor kurzem hat sich die Majorität der Mieter aufgetan und einen Ausschuss gewählt, welcher die Interessen der Hausbewohner wahrnehmen dürfte. — Die Haltung der amerikanischen Vertretung in der Affäre Blum ist den deutschen Behörden völlig unabhängig von Blums eigenen Schritten bekannt geworden. Sie ist entschieden ablehnend. Es ist anzunehmen, daß auch unsere Behörden, weit davon entfernt, eine Prämie für die Ausbeutung der wirtschaftlichen Not Deutschlands zu gewähren und sie zu erleichtern, auf der Ausweisungsvorladung beharren werden.

## Compania Comercial Bancaria.

Die hatten schon einige Male Gelegenheit gehabt, was mit der Häuserverwaltungsgesellschaft m. b. H. Compania Comercial y Bancaria beschließen zu müssen. Jetzt teilt uns der Mieterrat des Hauses Sprengelstr. 23 mit, daß der Direktor dieser Verwaltungsgesellschaft flüchtig geworden ist. Am 27. März sprach ein Mietervertreter des genannten Hauses bei der Verwaltungsgesellschaft vor, um eine Barschuldzahlung zu erheben. Der Direktor Vorstin erklärte, daß er das Geld erst nach augenblicklichen Hauseigenümlern aus Wien holen müsse. Das Geld sollte am 1. April in Berlin sein, doch ist bis heute davon noch nichts zu bemerken. Während dieser Zeit hat aber nun die Kriminalpolizei sämtliche Bücher der Verwaltungsgesellschaft beschlagnahmt, da Steuerhinterziehungen vorliegen sollen. Nach der Beschlagnahme der Bücher wurde von Seiten der Compania Comercial usw. den Mietervertretern die Erklärung gegeben, daß die Verwaltungsgesellschaft die Häuser nicht mehr verwalte. Eine neue Verwaltung könne sie aber nicht angeben. Um diese Angelegenheit zu klären, bittet der Mieterrat des Hauses Sprengelstraße 23 alle Mietervertretungen, deren Häuser von der Compania Comercial y Bancaria verwaltet werden mit ihm in Verbindung zu treten. Zuschriften sind zu richten an Herrn Günther, Sprengelstr. 23.

Die Monatskartenpreise im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr werden mit Wirkung vom 1. Mai nach 25 Einzelschritten unter Aufrundung auf volle 100 M. festgelegt. Hiernach erhöhen sich die Sätze für die erste Preisklasse in der 3. Klasse von 4000 auf 5000 M., in der 2. Klasse von 8000 auf 10 000 M. Dementsprechend werden in Verbindung der bisherigen Berechnungsgrundsätze auch die Preise für die Wochen- und Schülermonatskarten heraufgesetzt.

Der Prozeß gegen die Beamten der Städtischen Jrenanstalt Buch, die sich wegen großer Wäschebetrübhe zu verantworten haben, wurde vertagt, da einer der beizühenden Richter erkrankt ist.

Für die Opfer von Offen verantwortlich der Anka Bact, Großmoeder Str. 128—130, am Freitag, den 20. April, einen Volkslied. Per Weintraut geht unter Kontrolle der 18. Bezirksverwaltung, den lebenden Volksliedern zu. Beginn der Veranstaltung 4 1/2 Uhr.

Jubiläum. Einer unserer ältesten Schöneberger Genossen, der Bauer August Buchholz, Gedenkstraße 12, feiert am 20. April das 80. Jahr der goldenen Hochzeit. Der „Vorwärts“ zählt Buchholz zu einem seiner ältesten Abonementen.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Zunächst dieselbe Wetterlage, nachts sehr kühl, um Mittag ziemlich mild bei mäßigen östlichen bis südlichen Winden. Nachher zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Morgen, Freitag, den 20. April:

19. Ubl. Abends 7 1/2 Uhr Parteiführerversammlung mit der Kommunisten Kommission bei Diebitz, Cohnenstraße Str. 25.
20. Ubl. Abends 7 Uhr Außerordentliche Funktionärskonferenz bei Lejaß, Beynstraße 8. Städtische Funktionäre müssen erscheinen.
21. Ubl. Abends 7 1/2 Uhr bei Gahle, Friedrichsberger Str. 24, Sitzung des Abteilungsverbandes.
4. Kreis. Weingarten Berg. Die Abteilungen werden ersucht, anlässlich der Frauenfreizeit bei den Gräften 20 Uhr um 1/2 Uhr bei dem Stadthaus mit dem Namen: Weingarten arbeiten zu lassen. Eine Anzahl Gewerkschaften wird beim Erwerb als Ordner gebeten. Anmelden sind mitzubringen.
7. Ubl. Die Parteiführer können die Parteikassen beim Kassierer sofort abholen. Die Abteilungsversammlung findet am Mittwoch, den 20. April, abends 7 Uhr, in der Schulstraße, Tegeler Str. 18, statt.

## Jugendveranstaltungen.

Berliner Jugend. Die Veranstaltungen der Abteilungen sollen heute Abend aus. Der Bezirk beteiligt sich an der Veranstaltung des Bezirksamts Friedrichshagen im Gaudium Friedrichshagen. Karten zur Veranstaltung über „Heitere Musik“ sind am Gaudium zu haben.

